

Die Rekord-Veranstaltung

Olympische Winterspiele. Im russischen Sotschi wurden gerade die mit Abstand teuersten Olympischen Winterspiele aller Zeiten ausgetragen – sie kosteten mehr Geld als alle bisherigen Winterspiele zusammen. Aber auch das Internationale Olympische Komitee (IOC) jagt einen neuen Rekord.

Sotschi 2014 – das war Wladimir Putins Herzensangelegenheit. Um der Welt zu zeigen, was Russland zu bieten hat – frei nach dem Motto „größer, moderner, teurer“ –, hat

Putin am Schwarzen Meer einen komplett neuen Olympiapark bauen lassen. Aus dem anfänglich geplanten Budget von 12 Milliarden Euro wurde schnell mehr als das

Vierfache: 51 Milliarden Euro haben die Bauten an der Schwarzmeerküste letztlich gekostet. Die Spiele in Salt Lake City, Turin und Vancouver waren dagegen geradezu spottbillig: Alle drei Veranstaltungen kommen zusammen nicht einmal auf ein Fünftel der Kosten von Sotschi.

Viele der Sportstätten, Hotels und Einrichtungen in Sotschi sollen russische Oligarchen wie Oleg Deripaska (hat angeblich 1,2 Milliarden Dollar investiert) oder Wladimir Potanin (wohl 2,2 Milliarden Dollar) sowie Sponsoren wie Gazprom (angeblich 3,3 Milliarden Dollar) oder die Sberbank (angeblich 1,7 Milliarden Dollar) finanziert haben.

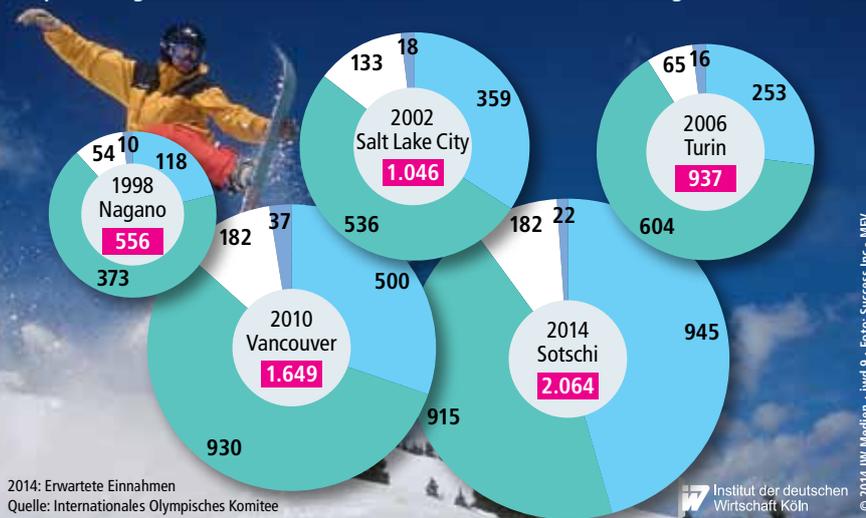
Vom russischen Olympiaprojekt haben auch deutsche Unternehmen profitiert, die Aufträge in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bekamen.

Deutsche Expertise war besonders im Spezialtiefbau, bei Ingenieurleistungen, in der Medizintechnik sowie in der Logistik und Automobilindustrie gefragt. Beispielsweise lieferte Siemens 54 Züge und Volkswagen 3.100 Fahrzeuge. →

Der Rubel rollt

Einnahmen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) durch die Vermarktung der Olympischen Winterspiele in Millionen Euro

■ Sponsorengelder ■ Senderechte ■ Tickets ■ Lizenzen ■ Insgesamt



Inhalt

Wirtschaftsfaktor Karneval. Millionen Jecken geben in den Karnevalshochburgen jedes Jahr viel Geld aus – genaue Zahlen gibt es allerdings kaum.
Seite 3

Krankenstand. Die Zahl der Krankheitstage je Arbeitnehmer steigt wieder – unter anderem weil die Betriebe heute mehr ältere Mitarbeiter haben als noch vor zehn Jahren.
Seite 4-5

Berufsschulpflicht. Um allen Azubis dasselbe Ausbildungsniveau zu garantieren, sollten die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Regelungen vereinheitlicht werden.
Seite 6-7

Handwerk. Die Zahl der Schulabsolventen sinkt. Damit die Firmen dennoch genug junge Talente finden, investieren sie mehr denn je in die Ausbildung.
Seite 8

→ Der Investitionsboom kommt natürlich auch der russischen Bauindustrie zugute. Das Land soll aber vor allem von den Touristen profitieren, nicht nur von jenen, die sich die Spiele anschauten, sondern auch von denen, die künftig Sotschi besuchen werden. Denn es wurde auch daran gedacht, wie die vielen neuen Sportanlagen in Zukunft genutzt werden könnten: Sotschi selbst soll zu einem exklusiven Wintersportzentrum werden, und viele Arenen wie der Eispalast und das Curling Center können ab- und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden.

Das Olympiastadion, das schätzungsweise 443 Millionen Euro gekostet hat, wird auch Spielstätte der Fußballweltmeisterschaft sein, die 2018 in Russland stattfindet. Die Athletenzimmer im olympischen Dorf sind mit 40 bis 45 Quadratmetern dreimal größer als vom IOC gefordert. Sie sollen nun als Apartments vermietet oder verkauft werden – wenn sich Käufer finden.

Einen wirtschaftlichen Gewinner der Spiele gibt es auf jeden Fall: das

IOC. Für die Winterspiele in Sotschi rechnet das Organisationskomitee mit Einnahmen von gut 2 Milliarden Euro (Grafik Seite 1). Das wäre ein neuer Rekord – den alten halten die Olympischen Winterspiele in Vancouver vor vier Jahren mit 1,6 Milliarden Euro. Zu verdanken ist dies besonders den großzügig fließenden Sponsorengeldern:

Private Unternehmen zahlten knapp 1 Milliarde Euro, um auf dem russischen Markt als Sponsor der Olympischen Spiele aufzutreten – fast doppelt so viel wie in Vancouver.

Damit übersteigt dieser Posten sogar die Einnahmen aus den TV-Senderechten, die bisher immer das meiste Geld eingespielt haben. In diesem Jahr liegen die Erlöse aus TV-Rechten mit 915 Millionen Euro knapp unter denen der Spiele in Vancouver.

Ohnehin haben die Erlöse aus TV-Lizenzen für die Sommerspiele eine wesentlich größere Bedeutung als für die Winterspiele (Grafik):

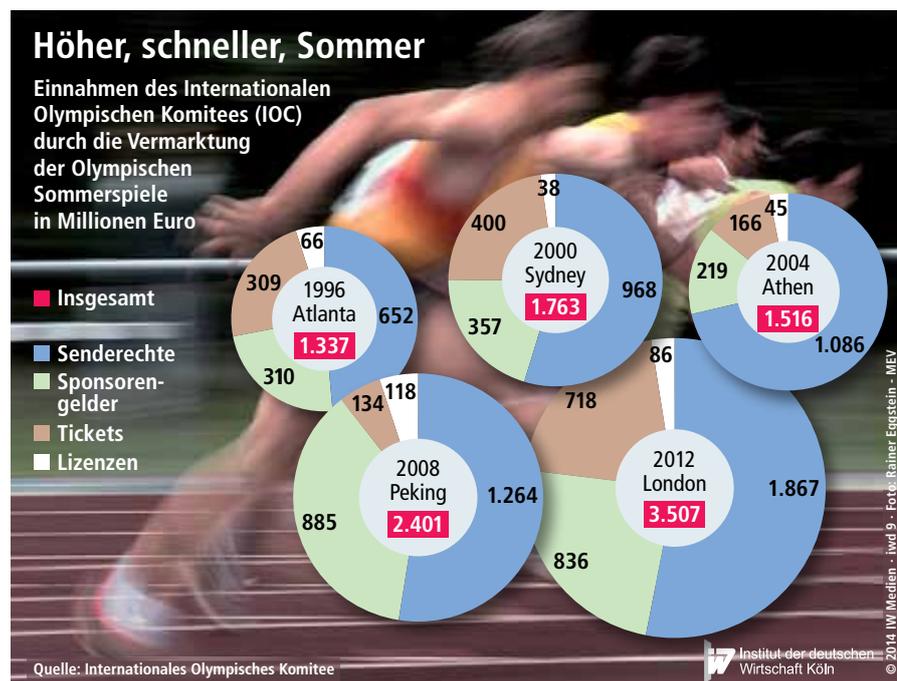
Bei den letzten Sommerspielen in London wurden allein durch die TV-

Rechte fast 1,9 Milliarden Euro erzielt, doppelt so viel wie in Sotschi.

Und mit rund 3,6 Milliarden TV-Zuschauern ließen die Olympischen Sommerspiele in London die Winterspiele in Sotschi ebenfalls deutlich hinter sich – hier schauten nur etwa 1,5 Milliarden Menschen zu. Ausschlaggebend ist allerdings auch die Größe der Spiele, denn an den Sommerspielen nehmen ungefähr doppelt so viele Nationen teil wie an den Winterspielen. Vor anderthalb Jahren in London waren mehr als 10.000 Athleten aus 204 Ländern am Start. Mit 302 Wettbewerben in 26 Sportarten gab es auch wesentlich mehr Möglichkeiten, Medaillen zu gewinnen. Russland dagegen war Gastgeber für gut 2.850 Wintersportler aus 88 Ländern, die in sieben Sportarten und 98 Wettbewerben um insgesamt 294 Medaillen kämpften.

Ticketverkäufe und Lizenzrechte zur Vermarktung von Merchandising-Artikeln machen lediglich einen kleinen Anteil der IOC-Einnahmen aus. Vor vier Jahren in Vancouver waren es knapp 220 Millionen Euro. Für Sotschi werden die Ticket- und Lizenzeinnahmen zusammen auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt.

Einen Großteil der Erlöse schüttet das Internationale Olympische Komitee gleich wieder aus: 90 Prozent dieses Geldes fließen an die Olympischen Sportverbände und die Nationalen Olympischen Komitees – davon profitieren am Ende Leistungssportler in der ganzen Welt. Letztlich gingen aus den Milliarden-einnahmen der Sommerspiele von London rund 375 Millionen Euro an die 28 Olympischen Sportverbände. Die sieben Olympischen Wintersportverbände erhielten gut 150 Millionen Euro aus dem Topf der Spiele in Vancouver.



Köle, Kamelle und Konjunktur

Wirtschaftsfaktor Karneval. Millionen Jecken feiern jedes Jahr die „fünfte Jahreszeit“. Insbesondere in den Karnevalshochburgen Köln, Düsseldorf und Mainz geben sie viel Geld für Kostüme, Getränke, Essen, Übernachtungen und Eintrittskarten aus. Wie groß die ökonomische Bedeutung des Karnevals genau ist, lässt sich jedoch nur schwer einschätzen.

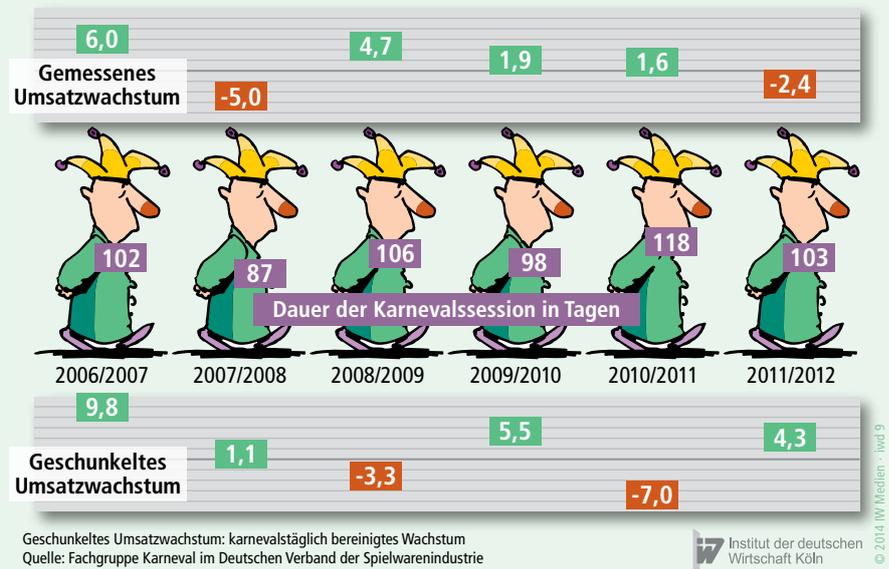
Eigentlich wissen Statistiker alles über uns – sie wissen, wie viele Eier wir im Jahr essen, wie viel Geld wir verdienen, wo wir Urlaub machen, wie groß wir sind, wie alt wir werden. Wenn es aber um den Karneval geht, zucken die Experten nur mit den Schultern: Es gibt weder Zahlen über die karnevalsbedingten Übernachtungen noch zum Bierkonsum oder zum Umsatz mit Süßigkeiten.

Was es gibt, sind Schätzungen – und die geistern nun schon seit Jahren durch die Presse. Da ist zum Beispiel eine Studie der Boston Consulting Group im Auftrag des Festkomitees Kölner Karneval aus dem Jahr 2009. Demnach sorgt der Kölner Karneval für 460 Millionen Euro Umsatz, sichert 5.000 Arbeitsplätze und spült 4 bis 5 Millionen Euro an zusätzlicher Gewerbesteuer in die öffentlichen Kassen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Studie der Unternehmensberater von McKinsey: In Düsseldorf sichert der Karneval demzufolge 3.500 Jobs und generiert jährlich bis zu 300 Millionen Euro Umsatz. Allerdings sind diese Zahlen ziemlich olle Kamellen, stammen sie doch aus dem Jahr 1993. Relativ neu ist dagegen folgende Angabe:

Wirtschaftsfaktor Karneval: Auf die Länge kommt es an

Veränderung des Umsatzes der Kostümbranche gegenüber der Vorjahressession in Prozent



Nach Berechnungen des Bundes Deutscher Karneval wurden im Jahr 2012 bundesweit rund 1,4 Milliarden Euro für den Karneval ausgegeben.

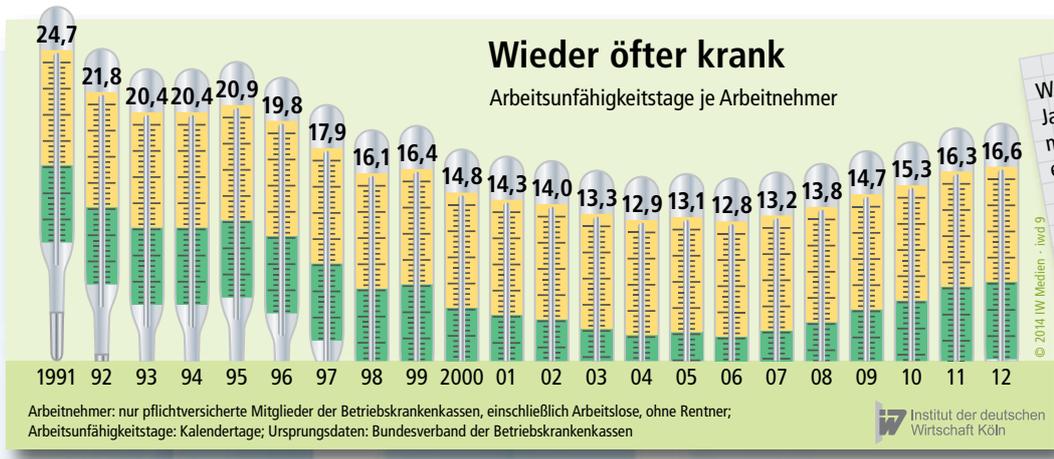
Das sind die reinen Konsumausgaben, über die steuerlichen Mehreinnahmen sagen die Bundesjecken nichts.

Und selbst wenn es mal eine konkrete Zahl gibt – im Karneval ist alles Ansichtssache. Die „Fachgruppe Karneval im Deutschen Verband der Spielwarenindustrie“ zum Beispiel erhebt jedes Jahr den Umsatz der Kostümbranche.

Das Problem dabei ist nur, dass die fünfte Jahreszeit zwar immer am 11. 11. um 11 Uhr 11 anfängt – wie lange sie dauert, hängt jedoch von der Lage des Ostersonntags ab, der bekanntlich auf den ersten Sonntag nach dem Frühlingsvollmond fällt, sprich: Aschermittwoch ist immer am 46. Tag vor Ostermontag, genau genommen frühestens am 4. Februar und spätestens am 10. März. An-

ders gesagt: Mal dauert eine Session 87 Tage, mal 103 Tage, mal 118 Tage. Der reine Umsatz bzw. das Umsatzwachstum der Kostümbranche sagt also wenig – erst wenn man es um die Anzahl der Karnevalstage bereinigt, wird deutlich, ob das Jahr gut oder schlecht war (Grafik).

Gutes oder schlechtes Wetter dagegen ist völlig egal, wie et op Kölsch heißt. Es kann nieseln, regnen oder schneien – die Niederschlagsmenge hat offenbar keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Besucherzahlen des Rosenmontagszugs. Etwas anders verhält es sich mit den Temperaturen: Mit jedem Grad Celsius mehr erhöht sich die Zahl der Besucher im Schnitt um 23.000. Doch egal wie man rechnet – den Rosenmontagszug besuchen immer so um die 1 Million Menschen. Und wer nicht beim Zug ist, der ist in der Kneipe – doch wo das eine aufhört und das andere anfängt, kann am Rosenmontag eh keiner mehr sagen.



Warum der Krankenstand seit einigen Jahren wieder ansteigt, lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Allerdings gibt es eine Erklärung, die logisch klingt: Die Unternehmen beschäftigen heute weitaus mehr Ältere als noch vor zehn Jahren. Da ältere Menschen aber länger krank sind als jüngere, steigt der durchschnittliche Krankenstand.



Krankenstand in Deutschland

Das Branchenmuster

Arbeitsunfähigkeitstage je Arbeitnehmer 2012; Auswahl

Güterverkehr, Straße, Bahn und weiterer Landverkehr	20,7	Telekommunikation	14,4
Postdienste	20,1	Textil, Bekleidung, Leder	14,1
Abfallbeseitigung und Recycling	17,1	Sonstiger Fahrzeugbau	14,0
Kfz-Bau	15,8	Chemische Industrie	13,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	15,4	Maschinenbau	12,6
Glas, Keramik, Steine, Erden	15,2	Elektronische und elektrotechnische Fertigung	12,5
Herstellung von Metallerzeugnissen	15,1	Großhandel	12,3
Einzelhandel	15,0	Banken, Versicherungen	10,4
Holz, Papier, Druck	14,7	Informationsdienstleistungen und Datenverarbeitung	9,2
Baugewerbe	14,5	Verlage, Medien	8,9

Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Hochrechnung für Pflichtversicherte und freiwillige Mitglieder aller gesetzlichen Krankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner
Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

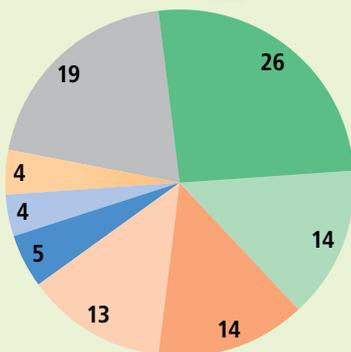
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

4
Trotz aller Hilfsmittel müssen Mülltonnen aber immer noch durch Hausflure gewuchtet und Pakete in den fünften Stock getragen werden – und was diese Menschen an körperlichen Belastungen zu viel haben, hat so mancher Büro-mensch zu wenig. Insofern ist es kein Wunder, dass Rückenleiden für gut ein Viertel aller Arbeitsunfähigkeitstage verantwortlich sind. Außerdem ist man anders als bei einem kleinen Schnupfen nach einem Bandscheibenvorfall nicht so schnell wieder fit. Die Behandlung dauert, was die Ausfallzeiten verlängert.

Die Ursachen

So viel Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage entfielen 2012 auf ...

- Sonstige Ursachen
- Sonstige Infektionen, zum Beispiel Grippe, Tropenkrankheiten
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts
- Verletzungen und Vergiftungen



- Muskel- und Skeletterkrankungen, zum Beispiel Arthrose, Bandscheibenvorfall
- Psychische Störungen, zum Beispiel Burnout, Depression
- Atemwegserkrankungen, zum Beispiel chronisches Asthma

Arbeitsnehmer: nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner; Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

5
Interessanterweise baut sich der Krankenstand über die Woche hinweg kontinuierlich auf. Offenbar versucht so mancher Beschäftigte, die Arbeit trotz Halsschmerzen und Schniefen zu meistern, und muss dann doch im Laufe der Woche die Segel streichen.

Je älter, desto kränker

Arbeitsunfähigkeitstage je Arbeitnehmer 2012

unter 20-Jährige		9,9
20- bis 24-Jährige		10,5
25- bis 29-Jährige		10,0
30- bis 34-Jährige		11,0
35- bis 39-Jährige		13,0
40- bis 44-Jährige		15,6
45- bis 49-Jährige		18,7
50- bis 54-Jährige		23,0
55- bis 59-Jährige		28,2
60- bis 64-Jährige		27,5

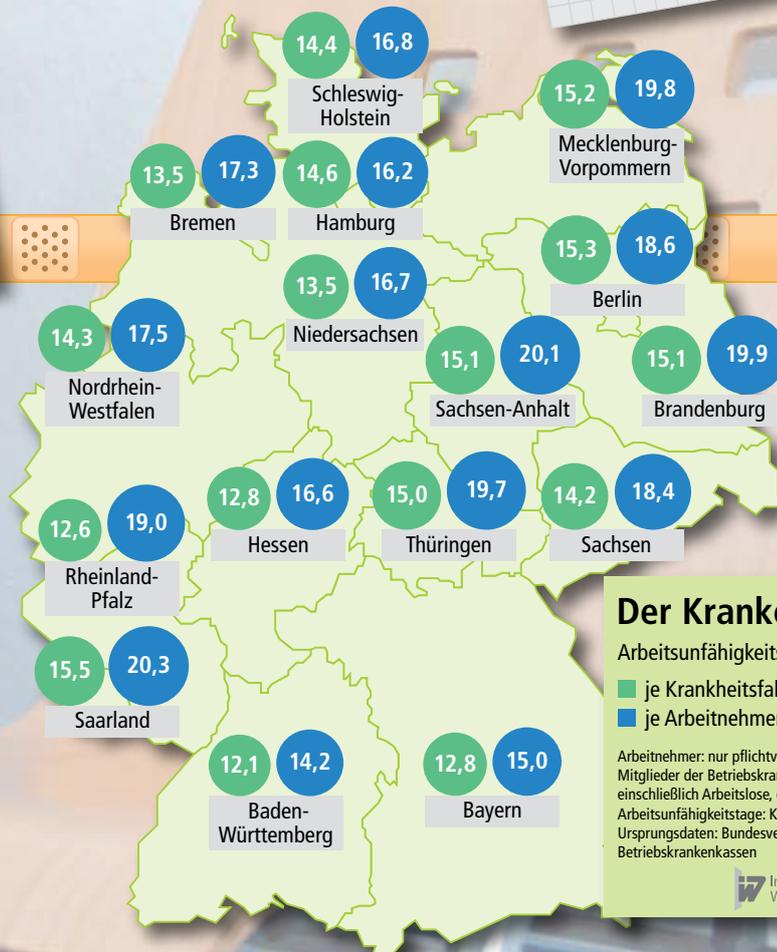
Arbeitnehmer: nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, einschließlich Arbeitslose, ohne Rentner; Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 9

2 Neben anderen Einflüssen könnte der Trend zu mehr älteren Mitarbeitern auch erklären, warum der Krankenstand in den neuen Ländern höher ist als in den meisten alten Ländern. Denn ostdeutsche Arbeitnehmer sind im Schnitt ein Jahr älter als westdeutsche.

3 Wer in witterungsabhängigen Branchen arbeitet und zudem oft schwer schleppen muss, ist häufiger arbeitsunfähig als die „Stubenhocker“. Das gilt zum Beispiel für die Postdienste und die Müllabfuhr. Ansonsten spielt die Branchenzugehörigkeit heutzutage eine geringere Rolle für den Umfang der Ausfallzeiten als früher. Überall wird inzwischen auf ergonomische Arbeitsplätze geachtet – in der Fabrikhalle ebenso wie in der Verwaltung.



Der Krankenatlas

Arbeitsunfähigkeitstage 2012

- je Krankheitsfall
- je Arbeitnehmer

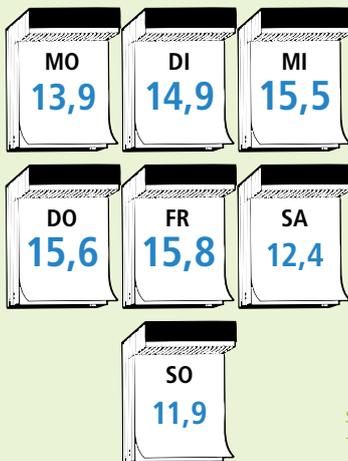
Arbeitnehmer: nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, einschließlich Arbeitslose, ohne Rentner; Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 9

Der Wochenrhythmus

Anteil an allen Arbeitsunfähigkeitstagen 2012 in Prozent



Arbeitnehmer: nur pflichtversicherte Mitglieder der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner; Arbeitsunfähigkeitstage: Kalendertage; Ursprungsdaten: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IwD 9

© 2014 IW Medien - IwD 9 - Foto: Christian Albert - MEV

Duale Lücken

Berufsschulpflicht. Weil Schulpolitik Ländersache ist, ist auch die Berufsschulpflicht von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt. Um allen Azubis dasselbe Ausbildungsniveau zu garantieren, sollten allerdings einheitliche Standards für ganz Deutschland geschaffen werden.

Die konsequente Kombination von Theorie und Praxis ist es, was die Berufsausbildung in Deutschland auszeichnet. Ein Bäckerlehrling zum Beispiel lernt die praktische Seite seines Handwerks – das Backen und alles, was dazugehört – im Betrieb, während er die theoretischen Grundlagen wie Kostenkalkulation

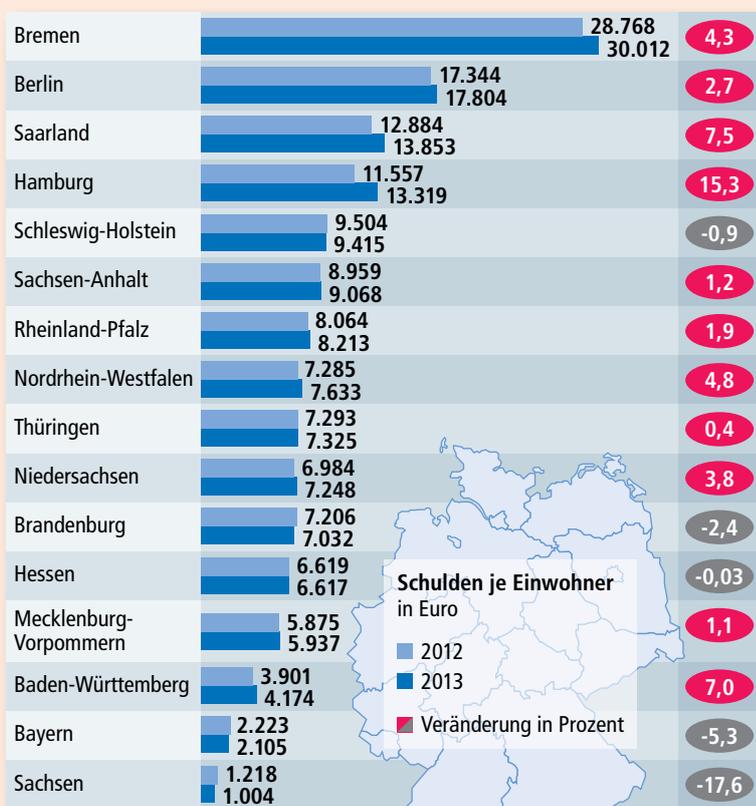
in der Berufsschule vermittelt bekommt. So sollte es zumindest sein – doch längst nicht alle Auszubildenden in Deutschland besuchen eine Berufsschule.

Die allgemeine Schulpflicht endet je nach Bundesland nach einer bestimmten Zahl von Schuljahren oder mit dem Erreichen der Volljährig-

keit. Bei der Berufsschulpflicht gibt es ebenfalls Unterschiede – in einigen Ländern ist die Berufsschulpflicht altersunabhängig geregelt, in anderen ist sie an das Erreichen von Altersgrenzen gebunden (Tableau).

Die Altersregelung stammt noch aus einer Zeit, in der man davon ausging, dass beispielsweise Abiturienten aufgrund ihres höheren Alters, ihrer höheren Allgemeinbildung und Reife im Rahmen ihrer Berufsausbildung nicht zwingend eine Berufsschule besuchen müssen.

Bundesländer: Viele Schuldenberge erneut gewachsen



Bremen, Berlin, Hamburg: einschließlich kommunaler Schulden
 Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - IWD 9

Noch ein weiter Weg

Bundesländerfinanzen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse kennt kein Pardon: Bis 2020 haben die Bundesländer Zeit, ihre Haushalte zu konsolidieren, danach müssen sie ganz ohne Schulden auskommen. Mit diesem Druck gehen die Länder allerdings ganz unterschiedlich um. So waren 2013 gerade diejenigen Bundesländer auf dem Tilgungspfad, die schon zuvor die geringsten Schuldenprobleme hatten – nämlich Bayern und Sachsen (Grafik).

Aber auch Schleswig-Holstein konnte seinen Schuldenberg ein wenig abtragen, obwohl das Land als finanzschwach gilt und 2013 auch keine besseren wirtschaftlichen Bedingungen hatte als die übrige Republik. Offenbar war der Konsolidierungswille stark genug, um einen ersten Erfolg im Kampf gegen die Schulden zu erzielen.

Die Mehrzahl der Länder hat jedoch im vergangenen Jahr weitere Schulden angehäuft – das gilt nicht zuletzt für Bremen und das Saarland, wo die Lage ohnehin prekär ist. In Baden-Württemberg ist der Schuldenanstieg auf einen Politikwechsel unter der rot-grünen Landesregierung zurückzuführen. Der starke Zuwachs in Hamburg ist dagegen vor allem buchungstechnisch bedingt: Die Hansestadt hat im Jahr 2013 die Schulden ihres Konjunkturstabilisierungsfonds in den Kernhaushalt übernommen.

Berufsschule: Von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich

Die Berufsschulpflicht gilt ...



Das Durchschnittsalter von Ausbildungsanfängern hat sich im Laufe der Zeit jedoch stark verändert. Während vor zwei Jahrzehnten viele Schulabgänger direkt nach der Hauptschule in die Lehre starteten, sind die heutigen Azubis zu Beginn ihrer Ausbildung deutlich älter:

Im Jahr 1993 traten Jugendliche ihre Ausbildung mit durchschnittlich 18,5 Jahren an – 2011 waren sie bereits 20 Jahre alt.

Knapp 30 Prozent der Ausbildungsanfänger des Jahres 2011 hatten schon das 21. Lebensjahr vollendet, von denjenigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft waren sogar mehr als 34 Prozent 21 Jahre und älter. Vor allem für diese Gruppe, die beispielsweise auch mit dem Förderprogramm MobiPro-EU gezielt angesprochen wird, spielt der Besuch der Berufsschule eine wichtige Rolle, da er nicht nur die nötigen Fachkenntnisse vermittelt, sondern auch der Sprachförderung und Integration dient.

Auch für Jugendliche mit Förderbedarf oder Azubis, die nach einer abgebrochenen Ausbildung einen zweiten Anlauf im dualen Ausbildungssystem nehmen, ist der Besuch der Berufsschule elementar. Die Absurdität der uneinheitlichen Berufsschulpflicht zeigt sich insbesondere an den Azubis, die mobil sind: Allein im Jahr 2012 gab es in Nordrhein-Westfalen mehr als 3.100 Auszubildende, die zu einem Ausbildungsbetrieb nach Niedersachsen pendelten, wo – im Gegensatz zu ihrem Wohnort – alle Azubis unabhängig vom Alter eine Berufsschule besuchen müssen.

Baden-Württemberg	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, solange die Ausbildung vor Ende des 18. Lebensjahres begonnen wurde ... für Jugendliche im beruflichen Übergangssystem bis zum Ende des 18. Lebensjahres
Bayern	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, höchstens aber bis zu dem Schuljahr, in dem das 21. Lebensjahr vollendet wird
Berlin	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, wenn dieses vor Vollendung des 21. Lebensjahres begonnen wurde und noch keine berufliche Erstausbildung vorliegt ... bei Teilnahme an einem berufsvorbereitenden Lehrgang, wenn das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet wurde
Brandenburg	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, wenn dieses vor Vollendung des 21. Lebensjahres begonnen wurde ... für Jugendliche im beruflichen Übergangssystem bis zum 18. Lebensjahr
Bremen	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Hamburg	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Hessen	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Mecklenburg-Vorpommern	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Niedersachsen	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Nordrhein-Westfalen	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, wenn dieses vor Vollendung des 21. Lebensjahres begonnen wurde ... für Jugendliche im beruflichen Übergangssystem bis zum 18. Lebensjahr
Rheinland-Pfalz	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses, wenn dieses vor dem Ende der Schulpflicht begonnen wurde
Saarland	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses oder bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres
Sachsen	... für alle Schüler drei Jahre ... für Auszubildende, wenn die Ausbildung vor Ende des dritten Schuljahres an einer beruflichen Schule begonnen wurde, für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses
Sachsen-Anhalt	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses ... für Schüler im beruflichen Übergangssystem mindestens ein Jahr an einer berufsbildenden Schule oder an einem von der Schulbehörde genehmigten kooperativen Bildungsangebot
Schleswig-Holstein	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses ... wenn kein Ausbildungsverhältnis besteht, bis zum Ende des Schuljahres, in dem das 18. Lebensjahr vollendet wurde
Thüringen	... für die Dauer des Ausbildungsverhältnisses oder bis zum Ende des Schuljahres, in dem das 21. Lebensjahr vollendet wird

Quellen: Schulgesetze der Bundesländer

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 | W Medien - wvd 9 - Foto: Mike Witzchel - MEY

Die uneinheitlichen Regelungen sind nicht nur für die Betriebe unbefriedigend, sondern auch für die jungen Leute, die einen Beruf erler-

nen wollen. Damit alle Azubis die gleichen Startchancen erhalten, sollte die Berufsschulpflicht in Deutschland vereinheitlicht werden.

Jeder Azubi zählt

Handwerk. Seit Jahren klagen Handwerksunternehmen über Nachwuchssorgen. Weil es künftig noch weniger Haupt- und Realschulabsolventen gibt, verschärft sich der Wettbewerb um junge Talente weiter. Viele Handwerksbetriebe investieren deshalb mehr denn je in die Ausbildung.

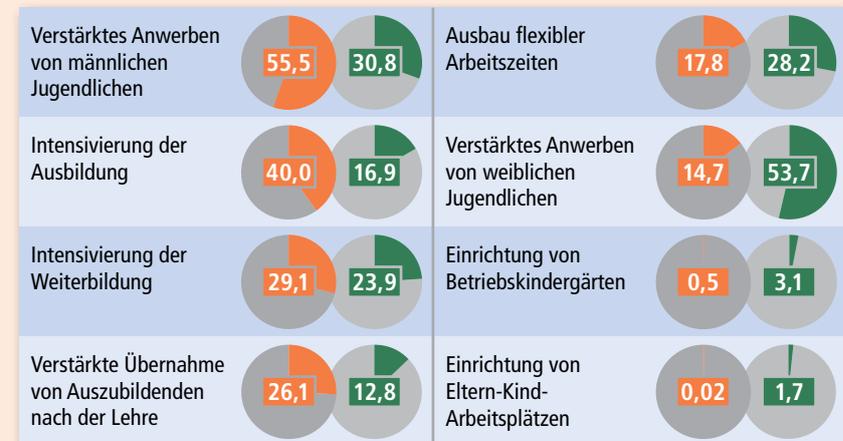
Im vergangenen Ausbildungsjahr hatte jedes zweite Unternehmen im Handwerk erhebliche Mühen, geeignete Bewerber für seine Lehrstellen zu finden. Das Problem ist besonders gravierend, weil der Bedarf an ausgebildeten Gesellen in vielen Betrieben steigt.

Umso wichtiger ist es, Jugendliche auf Karrierechancen im Handwerk aufmerksam zu machen. Zu diesem Zweck kooperiert bereits gut jeder fünfte Handwerksbetrieb mit einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule – die Firmen gestalten etwa Unterrichtseinheiten mit oder bieten Betriebserkundungen an. Insgesamt

Handwerk setzt auf junge Leute

So viel Prozent der Unternehmen haben im Jahr 2013 diese Maßnahmen umgesetzt oder haben entsprechende konkrete Pläne, um neues Personal zu gewinnen

■ Handwerksunternehmen ■ Andere Unternehmen



Befragung von 3.253 Unternehmen von März bis Juli 2013
Ursprungsdaten: Bundeswirtschaftsministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 9

sind 57 Prozent der Handwerker in der Berufsvorbereitung aktiv.

Dass dennoch vor allem junge Mädchen wenig Interesse an einer Ausbildung im Handwerk haben, könnte unter anderem an den nur bedingt familienfreundlichen Arbeitsbedingungen liegen. So gibt es lediglich in 18 Prozent der Betriebe flexible Arbeitszeitmodelle. Ein Grund dafür ist, dass Handwerksfirmen mit durchschnittlich fünf Beschäftigten meist sehr klein sind.

Vieles andere spricht jedoch für eine handwerkliche Lehre (Grafik):

Jeder vierte Handwerksbetrieb will künftig mehr Auszubildende nach ihrem Abschluss übernehmen – in anderen Bereichen gilt dies nur für jedes achte Unternehmen.

Zudem wollen sich 40 Prozent der Handwerksfirmen bei der Ausbil-

dung noch stärker ins Zeug legen und knapp 30 Prozent sind entschlossen, mehr für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten zu tun.

Angesichts des Fachkräftemangels werden die Betriebe aber nicht umhinkönnen, bei ihrer Suche nach Mitarbeitern auch ganz neue Wege zu gehen. Immerhin setzen 17 Prozent der Handwerksunternehmen schon heute darauf, An- und Ungelernte so zu qualifizieren, dass sie einen Berufsabschluss nachholen können. Doch gerade einmal 4 Prozent der Betriebe planen, verstärkt Jugendliche aus dem Ausland für eine Ausbildung zu gewinnen. Dabei gibt es besonders in den süd- und osteuropäischen Staaten derzeit viele Interessenten.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.